

## „Kampf um Ideen“

Erstes Internationales Treffen theoretischer Publikationen von Parteien und Bewegungen der Linken, 10. bis 12. Februar 2023, Havanna/Kuba

Etwa 150 Vertreterinnen und Vertreter aus 36 Ländern diskutierten bei einer Konferenz in Havanna über Ursachen und Auswirkungen imperialistischer Kriege, Rückschritte von Sozial- und Arbeitsrechten weltweit und dem Aufstieg des Faschismus, der weltweit zu beobachten sei. Es war das erste Treffen dieser Art, zu dem „*Cuba Socialista*“ (theoretische Zeitschrift der Kommunistischen Partei Kubas, erscheint einmal im Quartal) eingeladen hatte mit dem Ziel, gemeinsam über Herausforderungen nachzudenken und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Aus der BRD waren neben „Z.“ auch die „*Marxistischen Blätter*“ vertreten. Ein Großteil der Teilnehmenden (etwa Dreiviertel) kam aus Lateinamerika, insbesondere Kuba, Venezuela, Mexiko, Peru, Chile, Argentinien und Uruguay. Darüber hinaus waren unter anderem Teilnehmende aus Großbritannien, Belgien, Griechenland, Spanien, Italien, Griechenland, Vietnam, China und Russland anwesend.

Die Diskussionen fanden in drei thematischen Blöcken statt. Der erste Block befasste sich mit der Frage des US-amerikanischen Imperialismus und der Entstehung einer neuen geopolitischen Weltordnung. *Enrique Ubieta Gómez*, Chefredakteur von „*Cuba Socialista*“, moderierte die Debatte. Da viele der Rednerinnen und Redner aus Lateinamerika kamen, war dieser Block von Beiträgen hinsichtlich der Rolle der USA geprägt. Die USA haben in der Region nach Ansicht der Vortragenden nach wie vor eine militärisch, ökonomisch, kulturell und politisch hegemoniale Stellung inne und nutzen diese, um Staaten in Lateinamerika auszubeuten und politisch zu unterdrücken. Politische Verflechtungen der USA mit korrupten und rechten Politikern seien ebenso omnipräsent wie die (Re-)Produktion ökonomischer Abhängigkeiten, welche Versuche einer tatsächlichen Dekolonisierung und Befreiung von Lohnabhängigen und indigenen Minderheiten verhindern würde. Oft wurde hierbei auch die Relevanz der kulturellen Macht genannt: durch Konzepte wie die der „*failed states*“ würden Interessen von Entwicklungsländern im globalen Dialog bewusst diskreditiert. Die Verbreitung neoliberaler Werte aus den USA trage dazu bei, Aktionen des Widerstandes zu blockieren.

*John Smith* (Sheffield/GB) betonte bei der Vorstellung seines Buches „*Imperialism in the 21st Century – Globalization, Super-Exploitation and Capitalism’s Final Crisis*“<sup>1</sup>, dass der Imperialismus als eine Stufe des Kapitalismus eingeordnet werden müsse, auf der das Kapital keine Grenzen mehr kenne. Arbeit werde in den globalen Süden relokalisiert. Dabei würde die mangelnde staatliche Regulierung gezielt ausgenutzt, um Arbeit unter prekären Bedingungen zu ermöglichen und dadurch die Profite von Großkonzernen nachhaltig zu steigern.

---

<sup>1</sup> Veröffentlicht 2016 von der NYU Press und der Monthly Review Press. Smith’s Vortrag ist abrufbar unter [https://www.researchgate.net/publication/369034147\\_Neoliberalism\\_is\\_ending\\_in\\_a\\_profound\\_crisis\\_from\\_which\\_there\\_is\\_no\\_peaceful\\_capitalist\\_way\\_out](https://www.researchgate.net/publication/369034147_Neoliberalism_is_ending_in_a_profound_crisis_from_which_there_is_no_peaceful_capitalist_way_out).

Eine Veränderung der Verhältnisse werde für Arbeiter:innen im globalen Süden zusätzlich dadurch erschwert, dass sie kaum legale Möglichkeiten hätten, in Industriestaaten zu migrieren.

Redebeiträge aus europäischen Ländern zeigten zum Teil eine andere Perspektive. So bemerkte *José Gómez* (Zeitschrift „*Nuestra Bandera*“, Spanien), dass sich die Rolle der USA im Weltssystem in den letzten Jahren signifikant verändert habe. Insbesondere die Covid-19 Pandemie habe gezeigt, dass die USA nicht mehr länger als einziger Hegemon angesehen werden könnten. Für eine führende Position hätten sie nicht ausreichend Initiative gezeigt. Die aktuelle Phase des Imperialismus sei außerdem aggressiver und gewalttätiger als zuvor, was durch den Krieg in der Ukraine sichtbar würde. Zumindest in ökonomischer und militärischer Hinsicht beginnt China, so Gomez, zunehmend die Rolle der USA zu ersetzen. In dieser multipolaren Weltordnung spiele Soft Power eine wichtige Rolle, da diese unter dem Deckmantel der Demokratie oftmals das Ziel hätte, revolutionäre Ideen zu unterbinden, wie es beispielsweise am Wirtschaftsembargo der USA gegen Kuba ersichtlich wäre.

Alle waren sich einig in der Auffassung, dass man den imperialen Machtstrukturen nur gemeinsam etwas entgegensetzen könne. Im zweiten thematischen Block unterstrichen die kubanischen Gastgeber die Aktualität von Fidel Castros Auffassung von internationaler Solidarität. Sie erinnerten an die Kubanische Revolution im Kontext Lateinamerikas. Die Bedeutung von internationaler Solidarität als ein Hauptpfeiler seiner Vorstellung eines nachhaltigen Sozialismus sei auch daran zu erkennen, dass einige Länder wie Angola oder der Kongo mit der militärischen Unterstützung Kubas ihre Unabhängigkeit erreichen konnten. In Krisen wie der Covid-19 Pandemie erwies sich Kuba als solidarisch: Ärzteteams wurden zur Unterstützung in viele Länder geschickt, Impfstoffe geteilt. Nach dem Erdbeben in Syrien und dem Irak im Februar 2023 leisteten kubanische Brigaden humanitäre Unterstützung.

*Anders Sorensen* (Kopenhagen, Redakteur der Zeitschrift *Arbejderen*) betonte in diesem Kontext, dass die Arbeiter:innenklasse nicht homogen sei, sondern vielfältig und divers und dass dies in allen Kämpfen berücksichtigt werden müsse. *Vijay Prashad* (Geschäftsführer von *tricontinental*, Institut für Sozialforschung in Argentinien, Indien, Brasilien und Südafrika; außerdem Autor des Buches *Washington Bullets*, welches in dieser Z-Ausgabe besprochen wird), beschrieb konkretere Ideen: beispielsweise die Mitgliedschaft in einer internationalen Gewerkschaft oder die Teilnahme am jährlichen Red Book Day (21. Februar, anlässlich des Jahrestages der Veröffentlichung des Manifests der Kommunistischen Partei). In diesem Rahmen solle es jährlich Lesungen und Vorträge geben, die an die Bedeutung des Manifests erinnern sollen. Auch der kubanische Staatspräsident *Miguel Díaz-Canel* sprach während dieses Blocks: Er betonte, dass die gemeinsamen Interessen der internationalen Arbeiter:innenklasse oft in Vergessenheit geraten würden. Angesichts zunehmender innerer Differenzierung der Arbeiter:innenklasse komme es darauf an, eine starke sozialistische Einheit zu bilden. Hierfür wolle Kuba eine Vorbildfunktion einnehmen. Auch schlug er vor, den technischen Fortschritt für sich zu nutzen und eine internationale Applikation für linke Publikationen zu initiieren.

Jugend und sozialistische Bewegung im internationalen Kontext war Thema des dritten Blockes. Hier wurde von *Manolo De Los Santos* vom *The Peoples's Forum* aus den USA auf einen Widerspruch aufmerksam gemacht: Einerseits sei die Jugend besonders wichtig für die sozialistischen Bewegungen (*Wu Jie*, ein Vertreter der Zeitschrift der Kommunistischen Partei aus China erklärte z.B., die Zukunft seines Staates liege auf den Schultern der Jugend). Andererseits sei die Jugend heute jedoch ein Sinnbild für die Krise des Sozialismus: Über 30 Jahre Neoliberalismus hätten dafür gesorgt, dass junge Menschen in einem zunehmend verengten individualistischen Weltbild trotz scheinbarem Kosmopolitismus sozialisiert und politisiert werden. Diese Politisierung verfängt sich in der Frage nach „Identität“ und in Abgrenzungen zu anderen Bewegungen, da die Bedeutung des Kollektivs und gemeinsamen Handelns im neoliberalen System gerade abgewertet würde. Dieser Entwicklung müsse man entschieden und gemeinsam entgegenstehen. *Cris González* (Schriftstellerin und Leiterin der Zeitschrift *Correo del Alba*) aus Venezuela verwies auf die Notwendigkeit, der Jugend auch die heutigen Kommunikationsformen in Rechnung zu stellen. Auch müsse ein Gleichgewicht zwischen der politischen Arbeit in sozialen Netzwerken einerseits und auf der Straße andererseits gefunden werden. Denn, so Gonzales, die politische Wirklichkeit Lateinamerikas zeigt, dass die Straße nach wie vor ein entscheidender Ort des Widerstandes ist. *José Ayala del Río* (*ComuniCambio*, Lima/Peru) beschrieb eindrücklich, wie täglich tausende von Student:innen dort gemeinsam gegen die Präsidentin Dina Boluarte protestieren. In diesem Zusammenhang erinnerte *Francisco Esteban* (*Política*, Spanien) an Gramscis Theorie zur Hegemonie; er forderte eine Analyse der Kräfteverhältnisse und der Kontrollmechanismen von Medien, die insbesondere von der Jugend konsumiert würden.

Zur Tagung gehörte auch eine Lesung aus dem kürzlich (2022) bei „Clave Internacional“ in Madrid veröffentlichten Buch „*La Era Del Conspiracionismo*“ von *Ignacio Ramonet*, dem engen Freund Fidel Castros<sup>2</sup>, Ehrenpräsident von Attac und Autor bei *Le Monde Diplomatique*. Ramonet beschreibt, wie sich in den letzten Jahren neue Wege der Verbreitung von Verschwörungstheorien entwickelt haben. Er verweist auf eine breite gesellschaftliche Frustration, die Funktion sozialer Netzwerke und die Skrupellosigkeit von Führungspersonen wie Donald Trump, die Verschwörungstheorien gezielt für die Umsetzung politischer Strategien nutzen. Linke theoretische Publikationen müssten, so Ramonet, weltweit diesem Trend entgegenwirken und sich für die Verbreitung wissenschaftlicher Wahrheit engagieren. Dieses Ziel wurde auch in einem gemeinsamen Aktionsplan der Tagung verabschiedet, das auf gegenseitige Unterstützung und Solidarität der linken Zeitschriften und einige allgemeine gemeinsame Themen wie Solidarität mit allen unterdrückten Völkern abzielt.

Fazit: Die Konferenz in der *Casa de Las Americas* in Havanna bot einen bemerkenswerten Ort für internationalen Dialog und Austausch linker Zeitschriften

*Jule Kettelhoit*

---

<sup>2</sup> Interview-Band mit Fidel: F. Castro und I. Ramonet: Mein Leben. Rotbuch Verlag Berlin, 2008.

## „Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen“ (Martin Löwenberg)

SDS-Friedenswerkstatt, Kassel, 24. bis 26. März 2023

Vom 24. bis 26. März 2023 fand eine Friedenswerkstatt des Studierendenverbands Die Linke.SDS in Kassel statt. Der Impuls für eine solche Verständigung innerhalb des Studierendenverbands der LINKEN erwuchs aus der diesjährigen Rosa-Luxemburg-Konferenz, damit auch im SDS (sozialistisch-demokratischer Studierendenverband) die Herausforderung, Frieden zu bilden, intensiver qualifiziert und diskutiert wird. Es kamen gut 50 Genoss:innen aus 16 Hochschulen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen. In einem intensiven Programm mit Inputs und Diskussionen zu aktuellen Herausforderungen für die Friedensbewegung wurde an Konsequenzen für die Friedenspolitik des SDS gearbeitet: Die Hochschulen müssen stärker Orte des Friedens werden. Insbesondere wurde die Frage diskutiert, wer das (historische) Subjekt ist, das Frieden durchsetzt und gestaltet, und wie die Friedens- und Studierendenbewegung stärker dieses Subjekt bilden können.

Kassel war kein zufällig gewählter Ort, denn dort sitzt nicht nur Rheinmetall mit ihrem größten Standort und baut Krauss-Maffei Wegmann an Kampfpanzern, sondern die Uni Kassel ist auch eine Hochburg der Friedenswissenschaft. Hier findet der jährliche Friedensratschlag der bundesweiten Friedensbewegung Anfang Dezember statt. Heute wird die Tradierung vom AK Zivilklauseln der Uni Kassel aufgegriffen, bspw. mit der Ringvorlesung „Krieg & Frieden“ (kriegundfrieden.org).

Die Friedenswerkstatt startete mit einem Vortrag des Friedenswissenschaftlers Werner Ruf unter dem Titel: „Imperialistische Weltneuordnung? Multilateralismus zivil, sozial und nachhaltig gestalten statt zugespitzte Blockkonfrontation“. Er stellte heraus, dass die wirkliche Zeitenwende die Herausbildung einer multipolaren Weltordnung ist. Außerhalb des Westens lassen sich klare Entwicklungen erkennen: Iran und Saudi-Arabien schließen Abkommen ab, der globale Süden beteiligt sich nicht an Sanktionen gegen Russland und die BRICS-Staaten emanzipieren sich stärker von der US-Hegemonie. Werner Ruf betonte, dass multipolar nicht bedeute, dass es automatisch ziviler werde. Diese Zeitenwende wird in der BRD mit einer massiven Remilitarisierung zu beantworten versucht, welches nicht nur in der Geopolitik sehr gefährlich ist, sondern auch im Inland die Produktivität hemmt, weil Waffen totes Kapital sind. Es bedarf eines anderen Sicherheitsverständnisses in der internationalen Politik: Nicht die Bedrohung des Anderen, sondern Verständnis und Respektierung seiner Sicherheitsinteressen bringt eine zivile Perspektive. Dazu stellte Werner Ruf den in Deutschland weitestgehend ignorierten Friedensplan aus China vor. Mit 12 Punkten, u.a. für die Souveränität eines jeden Staats, das Verlassen des Kalten-Krieg-Denkens, die sofortige Lösung der humanitären Krise und der Stopp aller einseitigen Sanktionen, soll der Weg zum Verhandlungstisch für dauerhafte globale zivile Perspektiven gefunden werden.

Werner Ruf hob hervor, dass das Einstellen des Mordens im Stellvertreter-Krieg in der Ukraine die erste dringende vertrauensbildende Maßnahme sei, der eine Akzeptanz der multipolaren Welt folgen müsse. Zum Ausblick rief er dazu auf, insbesondere auch um die Friedenswissenschaft und Friedensinstitute in der BRD zu kämpfen, entgegen der braven und konformen Karriere- und Exzellenz-Orientierung an den Hochschulen. Auf initiativen Mut kommt es an, machte Werner Ruf mit dem Verweis auf den Krefelder Appell deutlich, bei dessen Start auch erstmal niemand davon ausging, über 4 Millionen Unterschriften zu sammeln, es aber darauf angelegt wurde.

Der Samstag wurde mit einem Vortrag zur Vorgeschichte des Ukraine-Kriegs und seiner Einordnung in den aktuellen Imperialismus begonnen. Dabei war die gemeinsame Herausforderung, einen Ausblick für antiimperialistische Politik gegen den Hauptfeind im eigenen Land zu entwickeln. Die Arbeiten zum Imperialismus als Endstadium des Kapitalismus von Lenin geben Aufschluss darüber, dass der Kampf zwischen Oben und Unten geführt wird, und zu der Dialektik, dass mit der sich zuspitzenden Monopolisierung auch die Möglichkeiten der planvollen Vergesellschaftung wachsen. In der Diskussion wurde in den Blick genommen, in diesen Widersprüchen die zivilen und sozialen Alternativen herauszuarbeiten und gegen die Mythen der Alternativlosigkeit aufzuklären: Es gibt zivile Alternativen zum Krieg, die UN-Charta weist dazu einen Weg.

Vor dem Hintergrund der Tätigkeit des SDS in Hochschulen und Wissenschaft, also in den ideologiebildenden Institutionen, wurde sich im zweiten Seminar mit den Thesen der belgischen Historikerin Anne Morelli den Lügen der Kriegspropaganda genähert. Sie arbeitet mit zehn Prinzipien der Kriegspropaganda systematisch das verlogene Vorgehen der Kriegstreiber heraus: „*Niemand will den Krieg, er ist vom Gegner aufoktroziert und es gibt keine Alternative.*“ Diese und weitere Prinzipien wurden erläutert und um den aktuellen Vorwurf, die Friedensbewegung sei rechts(offen) erweitert, um so eine internationalistische Antwort auf die Diffamierungen zu finden. Die Friedensbewegung ist und bleibt links; parteilich für das gleiche Leben für alle, was es weiter auszubauen gilt. Die Beschäftigung mit ihren zehn Prinzipien der Kriegspropaganda decken auf, was Albert Einstein in „Für einen militanten Pazifismus“ 1932 schrieb: „*Die Massen sind niemals kriegslüsternd, solange sie nicht durch Propaganda vergiftet werden. Wir müssen sie gegen Propaganda immunisieren. (...) Unsere Waffen seien Waffen des Geistes, nicht Panzer und Geschosse.*“ Insofern ist der Aufruf von Anna Morelli „Infragestellen! Infragestellen!“ in den Hochschulen verstärkt als Motto der Praxis zu beherzigen.

Auf eine kontroverse Diskussion orientiert waren die Inputs aus Hamburg und Leipzig unter dem Titel „Aus der Geschichte lernen: Studierendenbewegung und Friedensarbeit“. Dafür wurde sich mit der Arbeit der historischen 68er-Bewegung auseinandergesetzt und versucht, daraus für heute zu lernen. Klar wurde: Die Maxime eines linken Studierendenverbands ist es, für den schnellstmöglichen Weg zum Frieden zu kämpfen und das Leid in dem blutigen Krieg zu beenden. Die Aktionsform stand dabei zur Diskussion. Was ist radikale Friedenspolitik heute? Die

Arbeit in Hochschulen gilt es durch kritische Wissenschaft zu nutzen und Friedenspositionen in die Universitäten zu bringen. Massenaktionen erlauben es, die Positionen in der Öffentlichkeit lauter zu artikulieren und zur Störung der bürgerlichen Ordnung beizutragen.

In dem vierten Seminar „Krieg mit zivileren oder anderen Mitteln?“ wurde sich der brutalen Dimension der Sanktionspolitik gestellt und anhand der Auswirkungen in Kolumbien diese Dimension vertieft herausgearbeitet. Herausgestellt wurde in der Diskussion nicht nur die zerstörerischen, unmenschlichen Auswirkungen der Sanktionen, sondern ebenso, dass sich die Kritik auch auf die hemmende Wirkung der nötigen und möglichen weltweiten Wohlfühlentwicklung konzentrieren soll.

Am Abend wurde gemeinsam „Die Sendung der Lysistrata“ aus dem Jahr 1961 geschaut. In dem Film wird das Theaterstück „Lysistrata“ von Aristophanes verarbeitet, in dem, geschrieben 411 v.u.Z., die Friedensbildung durch den Zusammenschluss der Frauen Athens und Spartas in dem Peloponnesischen Krieg gezeichnet wird. Mit der Besetzung der Akropolis inklusive der Staatskasse und mit einem kollektiven Sex-Streik der Frauen wird der Friedensschluss errungen. Dieses Theaterstück schauen im Film drei Ehepaare zusammen, die aus unterschiedlichen Haltungen das Stück intensiv diskutieren. Die Ausstrahlung des Films wurde im Bayerischen Rundfunk 1961 boykottiert und regt bis heute zu der konsequenten Einsicht an: Wir haben den Frieden in der Hand.

Am Sonntag wurde in Arbeitsgruppen an zukünftigen Aktivitäten gearbeitet. Es wurde sich vorgenommen, mit den zehn Prinzipien von Anna Morelli Aufklärung über die Kriegslügen zu unternehmen. An den Hochschulen soll intensiv zur Belebung der Zivilklauseln gearbeitet werden, die Universitäten dazu verpflichtet, Wissenschaft und Bildung zu rein zivilen und friedensförderlichen Zwecken zu betreiben. Diese muss nicht nur weiter verbreitet, sondern auch standhafter werden. Ihre Umsetzung gilt es immer wieder zu erkämpfen und zu beleben. Dazu sollen die Hochschulkooperationen, insbesondere die kürzlich abgebrochenen nach Russland und China, wieder aufgebaut und wiederbelebt werden, denn „Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein“. Eine erste Konsequenz ist, dass der Bundesverband Die Linke.SDS zum ersten Mal bundesweit zu den Ostermärschen aufrief, um diese wichtigen Demonstrationen der Friedensbewegungen mit zu den starken Manifestationen für Abrüstung und Diplomatie zu machen und der wachsenden Befürwortung für Diplomatie und Verhandlungslösung in der Bevölkerung gemeinsam politisch Ausdruck zu verleihen. Es wurde damit an den kritisch-solidarischen Aufruf zur Demonstration „Manifest für den Frieden“, die Ende Februar 50.000 Menschen auf die Straße brachte, angeknüpft: Friedensarbeit ist internationalistisch und solidarisch im gesellschaftlichen Handgemeine. Die SDS-Friedenswerkstatt hat zu der verstärkten Arbeit des Studierendenverbands in der Friedensbewegung erheblich beigetragen und einen hoffnungsvollen Ausblick auf die Friedensarbeit an den Hochschulen gebracht. Weitere Infos auf der SDS-Themenseite zu Frieden unter: [www.linke-sds.org/niederwieder-krieg](http://www.linke-sds.org/niederwieder-krieg)